



Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2018/19

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

„Das böse Erwachen wird alsbald kommen. Getreu der Binsenweisheit
„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“ sage ich Ihnen
voraus, dass wir uns noch in dieser Legislaturperiode mit
Steuererhöhungen und/oder einem erneuten
Haushaltssicherungskonzept befassen werden. Sollten sie auf die Idee
kommen, die selbst geschaffenen Defizite durch Steuererhöhungen
auszugleichen, werden wir dem Haushalt 2018 nicht mehr zustimmen.“

Nicht erschrecken: Das war ein Zitat aus meiner Haushaltsrede des Jahres 2017. Darin hatten wir vorhergesagt, dass Sie um Steuererhöhungen bzw. einem Haushaltssicherungskonzept nicht herumkommen werden. Und wir hatten gesagt, dass wir im Falle von Steuererhöhungen dem Haushalt 2018 **nicht** zustimmen werden.

So gesehen hätten wir es heute sehr leicht. Wir könnten uns einfach auf unsere Vorhersage beziehen und wären fein raus. So einfach haben wir es uns aber nicht gemacht.

Erstens gab es nach dieser Haushaltsrede einen massiven, nicht vorhersehbaren Einbruch bei der Gewerbesteuer und zweitens haben wir uns die Argumente der Verwaltung, die für eine Grundsteuererhöhung sprechen, genau angehört. Wir haben uns auch die Argumente der anderen Fraktionen angehört. Wir haben Gespräche geführt und wir haben debattiert. Zuletzt hier im Haupt- und Finanzausschuss vor einer Woche.

Und damit komme ich zu meinem Vorredner, Herrn Hoffman, der hier gerade die Position der SPD zum Haushalt vorgetragen hat. Auch mit der SPD hätten wir gerne debattiert und die unterschiedlichen Positionen ausgetauscht. Das war aber leider nicht möglich, weil die SPD in den dafür zuständigen Gremien geschwiegen hat.

Heute vor acht Tagen haben sich die Fraktionsvorsitzenden am Vorabend des Haupt- und Finanzausschuss ausgetauscht – auch über den Haushalt und auch über das Thema „Steuererhöhung“. Herr Hoffmann hat in den zwei Stunden nicht eine einzige Silbe beigetragen. Stattdessen erfahren wir einen Tag später - am Tag der Sitzung – die Haltung der SPD dazu aus der Presse. **Während** der Sitzung, die immerhin vier Stunden gedauert hat, gab es wiederum keinen einzigen Beitrag der SPD zum Thema „Steuererhöhung“ oder gar zum Thema „Zeittunnel“. Anstelle von Diskussionsbeiträgen gab es eine nächtliche Presseerklärung, in der wir dann - einen Tag nach der Sitzung - die Meinung der SPD zum Zeittunnel erfahren konnten.

Abgesehen davon, dass ein solches Verhalten extrem unkollegial ist, entsteht hier eine Debattenkultur, die ich nicht nachvollziehen kann.

Ich frage mich, was Sie eigentlich gegen eine Verkleinerung des Rates haben. Es ist doch völlig egal, ob Sie hier mit 4,6 oder 8 Leuten sitzen, die alle nichts sagen. Wobei: Es gibt doch einen Unterschied. Jedes einzelne Ratsmitglied kostet den Steuerzahler rund 3.000 € pro Jahr. Ich frage Sie: Warum braucht man einen möglichst großen Rat, wenn Sie die Debatten ausschließlich über die Presse führen?

Aber damit Sie hier nicht als „Schweigende Partei Deutschland“ in Erinnerung bleiben, möchte ich doch **einen** Debattenbeitrag von Ihnen hervorheben. Es geht um den Beitrag Ihres Genossen van Hueth, der sich im AUO mit voller Kraft gegen den Antrag gestemmt hat, Parkgebühren für städtische Mitarbeiter einzuführen. Ein Antrag übrigens, der u.a. die Unterschrift des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hoffman trug. Unabhängig davon, was man inhaltlich davon hält: Diese Debatte hat eine geschlagene Dreiviertelstunde in Anspruch genommen, begleitet von einem intensiven Engagement der Verwaltungsführung. Dazu fällt mir eine Aussage der Kanzlerin aus der letzten Haushaltsdebatte im Bundestag ein. Sinngemäß hat sie gesagt: „Das Schöne an freiheitlichen Debatten ist ja, dass jeder über das reden darf, von dem er glaubt, dass es das Wichtigste für die Menschen ist.“

Nun ja – Parkgebühren für Mitarbeiter. Ich hätte mir dieses Engagement, diese Leidenschaft und vor allem diesen Zeitaufwand mal bei wirklichen wichtigen Themen – wie z.B. beim Wohnungsbau - gewünscht. Doch siehe oben: Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren, wir verabschieden heute das sechste Haushaltssicherungskonzept innerhalb von 18 Jahren. Das zeigt, dass es sich hier nicht um einen Betriebsunfall oder einen Ausreißer handelt.

Die Stadt Wülfrath hat ein dauerndes, strukturelles und ein bis heute ungelöstes Problem: Ihre geringe Betriebsgröße. Wülfrath ist der Beweis dafür, dass eine Stadt mit 21.000 Einwohnern nicht lebensfähig ist.

Jedenfalls dann nicht, wenn sie eine Infrastruktur vorhält, wie wir das tun. Der Gesetzgeber sieht nicht umsonst eine Mindestgröße von 20.000 Einwohnern vor, um ein bestimmtes Aufgabenportfolio vorhalten zu können. Wir liegen knapp darüber und haben damit so unsere Probleme. Nun gibt es – wie immer – mindestens zwei Möglichkeiten, wie man darauf reagieren kann. Wir können unsere Infrastruktur so abschmelzen, dass sie unserer Größenordnung entspricht und vor allem, dass sie von uns bezahlbar ist. Oder aber wir versuchen alles, um unsere Einwohnerzahl zu erhöhen, damit wir genügend Menschen haben, die diese Infrastruktur finanzieren. Mit der Strategie „Wülfrath 22+“ hat sich der Rat einstimmig für die zweite Alternative entschieden. Und das ist auch gut so, aber ich mache mir schon jetzt sorgen um solche Aussagen wie „Wer wachsen will, muss auch die Wachstumsschmerzen wie z.B. zusätzliche Kita-Plätze aushalten.“ So die SPD in ihrer Presseerklärung zum Haushalt. Wir müssen im Rahmen unserer Strategie „Wülfrath 22+“ sehr darauf achten, dass wir die Kosten und die Folgekosten der Stadtentwicklung und der damit verbundenen Infrastruktur im Auge behalten. Ansonsten stehen wir schneller als uns lieb ist vor dem siebten Haushaltssicherungskonzept.

Meine Damen und Herren, wir haben heute einen Haushalt zu verabschieden, in dem die Verwaltung eine Erhöhung der Grundsteuer B um rund 800.000 € vorschlägt. Wir als Wülfrather Gruppe hatten uns von Anfang an eindeutig positioniert. Wir hatten gesagt, dass wir uns erst dann mit dem Thema „Steuererhöhung“ beschäftigen, wenn wir den Bürgern reinen Gewissens gegenüber treten und sagen können, dass alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft sind und am Ende nur noch eine Steuererhöhung als „Restfinanzierung“ möglich ist. Wohlgemerkt: Am Ende und nicht als erste Maßnahme!

Aus diesem Grund hatten wir uns schon bei der Einbringung des Haushalts 2018 für ein Haushaltssicherungskonzept ausgesprochen. Die große Mehrheit des Rates war aber dafür, **sofort** die Steuern zu erhöhen. Danach kam das Loch bei der Gewerbesteuer und nun haben wir Beides: Haushaltssicherungskonzept **und** Steuererhöhung.

Der Rat hatte die Verwaltung beauftragt, auf der Basis von „Wülfrath 22+“ ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, aus dem **Vorrangigkeiten** und **Nachrangigkeiten** für die Erreichung unserer strategischen Ziele hervorgehen. Nun, wir als Wülfrather Gruppe stellen fest, dass wir die strategischen Ziele im Haushaltssicherungskonzept nicht wiederfinden. Jedenfalls sind dort keine Vorrangigkeiten definiert, für die wir ggf. auch mehr Geld in die Hand nehmen müssen.

Allerdings sind dort – wenn auch wenige – Nachrangigkeiten beschrieben, die für die Erreichung unserer strategischen Ziele weniger wichtig sind. Immerhin!

Während der Haushaltsberatungen gab es im Wesentlichen drei Positionen, mit denen man einen Verzicht hätte dokumentieren können, **bevor** man den Bürgern zusätzlich in die Tasche greift. Das waren die Verkleinerung des Rates, die Nichtbeteiligung an der Biennale sowie die Aufgabe des Zeittunnels. Alle drei Vorschläge, mit denen man erstmal Ausgaben reduziert, statt ausschließlich die Einnahmen zu erhöhen, wurden von dem rot-grünen Teil des Rates abgelehnt. Im Gegenzug wurden alle Maßnahmen, die den Bürgern mehr Geld abverlangen – dazu gehört auch die Erhöhung der Büchereigebühr – durchgewunken. Und bei all dem wird noch behauptet, dies diene einer Zukunfts- oder Wachstumsstrategie. Einer Strategie übrigens, bei der der Bereich „Bildung“ einen Schwerpunkt bildet.

Die Fraktion der Wülfrather Gruppe ist die **einzige** Fraktion in diesem Rat, die allen drei Verzichtspunkten zugestimmt hat. Dies entspricht unserer Linie, wonach zunächst alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen sind, **bevor** man die Bürger mit Steuererhöhungen belastet.

Wenigstens für **einen** der drei Verzichtsvorschläge haben wir eine Mehrheit gefunden, nämlich für den Zeittunnel, der mit Abstand die kostenträchtigste dieser drei Maßnahmen ist. Wenn dieser Antrag umgesetzt ist, wird nicht nur der Haushalt entlastet, sondern auch Herr Niemann, der mit einem viel zu großen Anteil seiner Arbeitszeit mit dem Zeittunnel beschäftigt ist. Viel zu schade! Wir brauchen seine Arbeitskraft dringend für den Bereich, für den wir ihn eingestellt haben: Für die Wirtschaftsförderung. Heute dringender denn je!

Durch das Haushaltssicherungskonzept sowie durch den Zeittunnel-Beschluss ergeben sich insgesamt Haushaltsverbesserungen, die eine Abmilderung der ursprünglich geplanten Steuererhöhung auf 530 v.H. zulassen.

Auf dieser Basis stimmen wir dem Doppelhaushalt 2018/2019 zu.

Meine Damen und Herren, angesichts meiner Eingangsworte können Sie sicher nachvollziehen, dass wir es uns mit diesem Vorschlag nicht leicht gemacht haben. Wir sind aber sicher, dass wir mit diesem Vorschlag einen guten und tragfähigen Kompromiss gefunden haben.

Es gibt aber noch eine Reihe weiterer Menschen, die es mit diesem Haushalt nicht leicht hatten. Ich kenne einige Mitarbeiter hier im Haus, für die es ebenfalls das sechste Haushaltssicherungskonzept war.

Wenn sie, meine Damen und Herren, zuhause mal einen Euro verloren haben und schon sechsmal in allen Ecken und unter allen Schränken gesucht haben, verlieren sie irgendwann die Lust, diese Euro zu suchen. Erst recht, wenn sie genau wissen, dass der Euro beim letzten Mal schon nicht mehr da war und Sie eigentlich wichtigeres zu tun haben. Deshalb gilt mein abschließender Dank natürlich wie immer Herrn Ritsche und seinem Team um Herrn Hölterscheidt, aber dieses Mal auch ganz Besonders den Leidtragenden in den Ämtern, die sich mit der Suche nach dem Euro sehr viel Mühe gemacht haben.

Velen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Peetz

04.12.2018